

# Mehr Nachhaltigkeit, mehr Kooperation, mehr Geld?!

## Zwischenevaluation des Programms »Europa für Bürgerinnen und Bürger«

Jochen Butt-Pośnik

Nachdem die letzten Jahre der EU den Brexit, Streit zwischen Mitgliedsstaaten über die Flüchtlingsfrage und eine grundsätzliche Debatte über die weitere Zukunft Europas gebracht hatte, kam die Zwischenauswertung des Programms »Europa für Bürgerinnen und Bürger« zum richtigen Zeitpunkt. Welche Relevanz hat das Bürgerschaftsprogramm in Zeiten einer grundsätzlichen Legitimitäts- und Vertrauenskrise der EU?

Das Programm wird in der Zwischenbewertung des externen Dienstleisters Deloitte als weiterhin wichtig angesehen: Angesichts der wohl beispiellosen derzeitigen Herausforderungen für die EU »besteht immer noch ein wichtiger Bedarf, das Verständnis der Bürger über die EU, ihre Geschichte und Vielfalt zu verbessern« und die Diskussion zur Zukunft der EU direkt bei den Bürgerinnen und Bürgern zu fördern. Die Ziele des Programms seien somit weiter »relevant für die anzugehenden Probleme«.

### In der finanziellen Zwickmühle

Die Statistik ergibt ein klares Bild – das Programm ist stark überzeichnet: »Die Anträge übersteigen die finanzierten Projekte in einem Verhältnis von circa 6 zu 1. Viele Projekte hoher Qualität können nicht finanziert werden«. Neben Frankreich, Deutschland und Italien spielt das Programm vor allem in Ungarn, Polen, Rumänien und der Slowakei eine große Rolle: Von hier stammen die meisten geförderten Projektträger. Dagegen sind Spanien und Großbritannien unterrepräsentiert. Auch diese



regionale Verteilung ist angesichts der Entwicklungen in einigen dieser Länder interessant: Für die mittel- und osteuropäischen Länder mit schwach ausgeprägten (Förder)Strukturen für die Zivilgesellschaft bleibt das Programm trotz teilweise europakritischer Regierungen wichtig. In Großbritannien dagegen bildet es die Distanz zum europäischen Kontinent getreulich ab.

### Effektiv, aber mehr europäische Relevanz

Die Zwischenauswertung bescheinigt dem Programm darüber hinaus die für europäische Förderprogramme so wichtige Effektivität: »Das Programm war effektiv in der Erreichung seiner Ziele und die Aktivitäten haben zur Steigerung der zivilen Beteiligung und zur allgemeinen Debatte über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der EU beigetragen. Die Art, auf die einzelne Bürger in die Aktivitäten involviert werden, ist eine der Stärken des Programms«.

Verbesserungspotential wird bei den Städtepartnerschaften gesehen. Als europäisches Programm solle ein Fokus auf eine starke europäische Dimension gelegt werden. Im Klartext heißt das: Vorfahrt für Netzwerke und Vorhaben, die eine höhere Anzahl von Partnerstädten einbeziehen. In den Empfehlungen wird Deloitte konkret und regt

im Förderbereich 2 »Demokratisches Engagement und Partizipation« eine Verschmelzung der Bürgerbegegnungen und Städtenetzwerkaktivitäten an. Auch fordern die Evaluatoren mehr Nachhaltigkeit – ihrer Ansicht nach finden noch zu viele Begegnungen statt, die nicht ausreichend mit Nachfolgeveranstaltungen oder einer strategischen Einbettung in Kommunalpolitik und Verwaltung verknüpft sind.

### Empfehlungen für die Zukunft

Das Executive Summary empfiehlt u.a. folgende Veränderungen:

- die Fortsetzung des Programms bei unveränderten allgemeinen und spezifischen Zielen,
- Umsetzung von bereits beschlossenen Verbesserungsvorschlägen,
- Erhöhung des Budgets,
- stärkere Kooperation zwischen den EU-Programmen »Europa für Bürgerinnen und Bürger«, »Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft«, »Kreatives Europa« und »Erasmus+«.

Der Kommissionsvorschlag für das Nachfolgeprogramm soll im Mai 2018 vorgelegt werden – es könnte spannend werden.

Die Zwischenauswertung ist zu finden unter [http://ec.europa.eu/citizenship/pdf/de\\_home\\_efcp\\_exec\\_summary\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/citizenship/pdf/de_home_efcp_exec_summary_de.pdf) ■

*Die KS EfBB wird gefördert durch die Generaldirektion Migration, Inneres und Bürgerschaft der Europäischen Kommission aus dem Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« sowie vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.*